



“Braunschweig - lebenswert auch im Alter”
Stand und Perspektiven der
Altenhilfeplanung

Protokoll der Veranstaltung vom
7. März 2008

Als Hausherr begrüßt Herr Rinne, Regionalleiter der AOK Braunschweiger Land, die Anwesenden. Im Anschluss daran begrüßt der Sozialdezernent, Herr Markurth, die Anwesenden und weist darauf hin, dass mit dieser Veranstaltung auch ein Versprechen eingelöst wird, alle an der Planung Beteiligten noch einmal einzuladen, um Rückmeldung zu geben, was in der Zwischenzeit mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen geschehen ist. Er unterstreicht eindringlich, dass alle nach wie vor gefordert sind, sich einzubringen und zu beteiligen, dass die Umsetzung der Altenhilfeplanung nicht alleinige Aufgabe der Stadt sein kann und darf. Nur in gemeinsamer Verantwortung werden sich die Herausforderungen der Altenhilfe für die kommenden Jahre bewältigen lassen. Dies ist auch ein Anlass gewesen, besonders die Vertreter der Politik einzuladen und um gesonderte Stellungnahmen zu bitten, wie sie ihre Möglichkeiten und Rolle bei der Umsetzung der Ergebnisse der Altenhilfeplanung einschätzen und welche Handlungsmöglichkeiten sie für sich sehen.

Um alle noch einmal in das Thema einzustimmen, hält Frau Maliske eine kurze Rückschau auf die Planung und die in Angriff genommenen bzw. auch auf die bereits umgesetzten Maßnahmen. Daran schließt sich die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Braunschweiger Wohlfahrtsverbände an.

Als Sprecher führt Herr Kröger aus, dass aus Sicht der Wohlfahrt die stationäre Pflege nicht dem freien Markt überlassen werden kann. Vorhandene Strukturen gilt es zu bewahren und nicht, sie zu zerstören. Eine Optimierung der Strukturen ist damit nicht ausgeschlossen. Begegnungsstätten seien auszubauen und an neue Anforderungen anzupassen. Dies könne aber nicht zum Nulltarif erfolgen, die Kosten müssten ermittelt werden, und es müsse Bereitschaft bestehen, das Geld auch auszugeben. Der Wohlfahrt sei es besonders wichtig, vorhandenen Strukturen, wie z. B. die Nachbarschaftshilfen zu nutzen und nicht durch neue Projekte, wie z. B. Pflegestützpunkte, auszuhebeln. Herr Kröger betont, dass die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten die wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung der Planung sei.

Frau Hübner (Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion) verweist in ihrer Positionierung darauf, dass neue personelle Ressourcen für das Seniorenbüro sehr wichtig wären. Auch aus ihrer Sicht seien Strukturen zu bewahren und stadtteilspezifisch auszubauen. Hierfür wäre es jedoch opportun, Mitarbeiter zu überlasten, die Grenzen müssten ausgelotet werden. Wichtig sei auch das Erproben neuer Wohnformen. Beratungsstellen im Quartier wären sehr wünschenswert, und im stationären Bereich liegt der Schwerpunkt bei ihr auf der Qualität anstelle der Quantität. Mehr Informationen für Bürgerinnen und Bürger, wie z. B. die Woche der Senioren, seien aus ihrer Sicht sehr wichtig, und auch nach anfänglichen Startschwierigkeiten solle nicht gleich aufgegeben werden. Ebenso wichtig sei ihr auch, die Qualität der Betreuung Demenzkranker zu erhöhen und die Situation der Pflegekräfte generell zu verbessern. Dies könne manchmal geschehen, indem neue konzeptionelle Ansätze umgesetzt würden, trotzdem wäre es auch wichtig, den Blick auf die Finanzen zu richten. Die Rolle der Politik sieht sie auch darin speziell auf Braunschweig bezogen zu sehen, welche finanziellen Ressourcen vorhanden seien und wie sie bereitgestellt würden. Ein gerechter Einsatz finanzieller Ressourcen sei das vorrangige Ziel der Politik, um damit nachhaltig gute Strukturen in der Altenhilfe in Braunschweig zu sichern und aufzubauen.

Herr Kliesch (Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion) teilt ebenfalls die Auffassung, dass der Einsatz finanzieller Ressourcen sachgerecht und effizient erfolgen muss. Er kann einen grundsätzlichen Konsens in den Sachfragen feststellen. Als Sozialpolitiker hat er die Aufgabe auch für Akzeptanz innerhalb seiner Fraktion zu sorgen. Eine Absicherung der gesetzten Ziele durch Haushaltsmittel ist erforderlich, was sich in der Praxis nicht immer als einfach erweist. Die Prioritäten sieht er besonders in der Sicherheit im Wohnumfeld. Die Bestandssicherung in der Altenpflege und die Qualitätssicherung haben ebenfalls hohe Priorität. Ein besonderer Schwerpunkt ist jedoch auf die Einbindung der Ehrenamtlichen (Bezirksräte, Seniorenkreise, Kirche, Verbände) in den Planungs- und Umsetzungsprozess der Altenhilfe zu legen. Herr Kliesch sieht in diesem Ansatz viele Synergien verborgen. Auch Alt und Jung in gemeinsamen Projekten zu vereinen, hält er für sehr wichtig. Hier sollte die Rolle der Verwaltung in der Koordination liegen.

Frau Wanzelius (Fraktion BiBS) betrachtet zunächst die Mobilität als einen Schwerpunkt. Der ÖPNV muss für alle Bürgerinnen und Bürger barrierefrei zu nutzen sein. Über die neue Regio-bahn wäre auch die Mobilität im Alter zu sichern. Ein abgestimmtes Radwegekonzept erhöht auch Mobilität von Senioren, die das Fahrrad als Fortbewegungsmittel für sich nutzen bzw. neu entdecken. Eine Begegnung von Jung und Alt ist für sie sehr wichtig, um einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung für Problemlagen zu leisten. Begegnung der Menschen ist auch ein zentrales Anliegen aus ihrer Sicht, und sie nennt das umgestaltete Ringgleis als ein positives Beispiel für einen Ort von zwangloser Begegnung. Sie unterstreicht, dass die gebaute Umgebung sich den Bedürfnissen der Generationen anpassen soll. Wichtig ist ihr hierbei auch ein ökologischer Aspekt: die Luftreinheit in Braunschweig soll erhöht werden.

In ihrer Stellungnahme führt Frau Witte (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) aus, dass die finanzielle und personelle Situation in der Verwaltung auszubauen wäre. Sie empfindet es als sehr wichtig, generationsübergreifende Angebote voranzutreiben. Hier böte sich besonders das Wohnen an. Die stationären Angebote sollten analog zum Zentrenkonzept gestreut werden. Integratives Wohnen wäre zu fördern, und hier könne das Mütterzentrum in Salzgitter als ein Beispiel dienen. Wichtig wäre auch ein Netzwerk auf Landesebene zu übergreifenden Themen wie Pflege zu schaffen. Bund, Land und Kommunen müssten hier noch viel stärker thematisch zusammenarbeiten. Grundsätzlich ist aus Sicht von Frau Witte auch eine Bürgerbeteiligung immer zu begrüßen, und sie solle auch in den weiteren Schritten immer wieder erfolgen.

Nach der Pause erfolgte unter den Fragestellungen „Welche Priorität würden Sie bei der weiteren Umsetzung der Ziele und Maßnahmen setzen? Welche Rolle sehen Sie für sich und welche Aufgabe würden Sie übernehmen? Wo sehen Sie Beteiligungs- und Kooperationsmöglichkeiten?“ ein Austausch zu den Perspektiven unter der Moderation von Herrn Dybowski.

Herr Hinterberg von der Initiative Anti-Rost betont, dass die Ausweitung des Personals im Seniorenbüro erforderlich sei. Es sei wichtig, auch professionelle Hilfe zur Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement gewährleisten zu können. Die Unterstützung von Jung-und-Alt-Projekten sei sehr wichtig. Das bürgerschaftliche Engagement müsse gestärkt werden, und die Presse müsste auch mehr über Aktivitäten berichten. Die Rolle von Senioren sehe er darin, dass sie ihre Kompetenzen an die Gesellschaft weitergeben würden, wie es z. B. auch mit der Initiative Anti-Rost gelebt würde. Für erforderlich halte er auch gute Altenheime in den Quartieren, wobei die Qualität statt Quantität die Leitmaxime sein solle. Netzwerke gelte es zu erhalten und auszubauen.

Herr Pastor Gerloff bringt ein, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ noch verstärkter umgesetzt werden muss. Neben der Sicherung von vorhandenen Strukturen wie den Nachbarschaftshilfen und den Seniorenkreisen sei es aber auch wichtig, darüber hinaus Strukturen zu fördern. So ginge es auch darum die kirchlichen Angebote nicht aus dem Blick zu lassen und auch hier finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Er moniert, dass die Randbezirke der Stadt Braunschweig durch den ÖPNV nicht ausreichend bedient würden und sieht hier großen Handlungsbedarf.

Herr Golmann, Geschäftsführer des Vereins ambet, regt an, dass es eine Braunschweiger Erklärung zur Pflegequalität geben solle. Er empfiehlt Kontrapunkte gegen den „Turbo-kapitalismus“ zu setzen und plädiert für soziale Marktwirtschaft. Besonders fehlen Angebote der Kurzzeitpflege für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Auch der Ansatz „Reha vor Pflege“ müsse gestärkt werden. Der bereits erarbeitete Überleitungsbogen sollte in einem Überleitungssystem münden, welches von allen genutzt werden soll. Der Abbau von bürokratischer Dokumentation ist extrem wichtig. Die Pflegestützpunkte müssen in vorhandene Systeme integriert werden. Eine zentrale Verbraucherberatung für Braunschweig, speziell auch für die Themen „Pflege und Alter“, wären dringend einzurichten. Die Wohnformen im Quartier gelte es zu stärken.

Frau Wanzelius merkt an, dass es nach wie vor wichtig sei, Regional- und Nahverkehr zu verknüpfen. Die älteren Menschen sollten sich aktiv einbringen in die Gestaltung und Umgestaltung von Plätzen. Sie führt als Beispiel den Frankfurter Platz an.

Herr Hübner, als Leiter einer Begegnungsstätte, wünscht sich Anlaufstellen für Ältere im Stadtteil. Die Unterstützung der Versorgungsstruktur durch professionelle Kräfte solle auch umgesetzt werden. Hier böten sich z. B. die Sprechstunden in Begegnungsstätten an, um Beratung durch professionelle Kräfte vornehmen zu können.

Frau Wirth, Seniorenkreisleiterin und Mitglied des Seniorenrates, unterstreicht die Bedeutung dezentraler Angebote für Ältere in Außenbezirken. Nahversorger, wie z. B. kleinere Lebensmittelgeschäfte, müssen erhalten werden. Um mehr kulturelle Teilhabe ermöglichen zu können, muss auch der ÖPNV verbessert werden.

Frau Steinkemper, Diakonisches Werk, begrüßt die Aussage, eine Braunschweiger Erklärung zu verabschieden. Nach ihrer Einschätzung wäre hierfür jedoch ein Runder Tisch mit Kostenträgern unerlässlich. Die Kostenträger müssen mehr Partner werden. Auch die AOK müsse sich in diese Richtung bewegen. Weiterhin sei es ihr ein Anliegen, noch einmal „Zeit in der Pflege“ zu beleuchten. Es wäre erforderlich, ein effektiveres Zeitmanagement einzurichten, vorab jedoch noch einmal genau zu beleuchten, welcher Zeitrahmen für welche Tätigkeit überhaupt anfallt.

Herr Schaper, Braunschweiger Journal, würde Prioritäten setzen bei Angeboten, die ältere Menschen schulen, mit Automaten und neuen Medien besser umzugehen. Das Nutzen von Bankautomaten sei beispielsweise nicht für jeden älteren Menschen ohne weiteres möglich. Hilfe und Information in den Stadtteilen hält er ebenso für erforderlich. Die Forderung, den ÖPNV zu verbessern, kann aus seiner Sicht jedoch nicht zum Nulltarif erfolgen. Es müsse ggf. mehr an Subventionen in den ÖPNV fließen.

Frau Foltin, Caritas Migrationsberatung, weist darauf hin, dass nicht nur der sogenannte Gender-, sondern auch der diversity-Aspekt zu berücksichtigen sei. Es wäre erforderlich, neue Modelle für Beratung und Wohnformen zu stärken sowohl interkulturell als auch intergenerativ.

Herr Ortgies, Nibelungen Wohnbau, sieht einen Schwerpunkt darin, Wohnungen barrierefrei zu gestalten. Es ist wichtig, eine Unterstützung vor Ort für das Leben im Alter in der eigenen Häuslichkeit anbieten zu können. Wohngemeinschaftliche Wohnformen auch und besonders für Senioren sollten aufgebaut werden. Runde Tische im Quartier, die den Vernetzungsgedanken weiterbringen, wären aus seiner Sicht erforderlich. Hier müssten alle beteiligt sein. Besonders wichtig erscheint es ihm, leicht zugängliche Räume im Quartier für allein lebende Personen zu haben, um Begegnungsmöglichkeiten einfach zu gestalten.

Herr Pastor Gerloff erachtet es als sehr wichtig, die Umsetzung der gesetzten Ziele und Maßnahmen voranzutreiben und nicht immer wieder „neu zu erfinden“. Die Mitarbeit der Propstei kann er bereits zusichern.

Frau Schwelmer-Löffler, Wiederaufbau, sieht ein Defizit in dem Bekanntheitsgrad von Anlauf- und Infostellen. Hier müsste noch viel nachgearbeitet werden.

Herr Rinne ergänzt, dass besondere quartiersbezogene Angebote aller Art (vom Pflegeheim bis zum Begegnungsort) zu fördern seien. Wichtig sei, die Hilfe zur Selbsthilfe zu stärken. Beispielhaft stehen die Initiative Anti-Rost und die Nachbarschaftshilfen für ihn. Auch das Triangelprojekt ist ein gelungenes Beispiel. Im Bereich der Pflege wird sich durch gesetzliche Rahmenbedingungen auch nach gesetzlicher Nivellierung nichts daran ändern, dass die Pflegeversicherung „eine Teilkasko“ bleiben wird. Insofern sind alle gefordert, die infrastrukturelle Versorgung gemeinsam sicherzustellen.

Frau Schöbel, Nachbarschaftshilfeverein Heidberg, macht sich für den Erhalt vorhandener Einkaufszentren stark. Nahversorger müssten erhalten bleiben. Dies sei auch für die ältere Generation besonders wichtig. Weiterhin sieht sie die Notwendigkeit, die Nachbarschaftshilfen sowie das Ehrenamt zu stärken. Es sollte nicht zerstört werden durch Gebührenordnungen und Auflagen.

Herr Dybowski weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass es aufgrund der Vielzahl der Äußerungen an dieser Stelle keine Zusammenfassung aller Vorschläge geben könne. Auch lasse sich nicht eine Prioritätenliste des Plenums ableiten. Deutlich geworden sei die Bereitschaft aller an der Altenhilfeplanung Beteiligten, sich auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzubringen und an der Konkretisierung bei der Umsetzung der Ziele und Maßnahmen mitzuarbeiten. Dem Wunsch nach weiteren Informationen und Beteiligung soll ggf. im Herbst d. J. durch eine erneute Veranstaltung Rechnung getragen werden, die sich mit inhaltlichen Themen auseinandersetzen wird. Herr Dybowski bedankt sich im Namen der Verwaltung für die rege Beteiligung sowie die Anregungen und beendet die Veranstaltung.

Stadt Braunschweig
Seniorenbüro
Am Fallersleber Tore 1
38100 Braunschweig
E-Mail: seniorenbuero@braunschweig.de
<http://www.braunschweig.de/senioren>

